

5./X. 1918

Deutschösterreich.**Einstimmiger Beschluß der deutschnationalen Parteien.**

Der entschlossene Wille aller Deutschen, sich durch die weltpolitischen Geschehnisse nicht überrennen zu lassen, vielmehr als Schlichter des Schicksals ihres Volkes das alte Oesterreich derart umzugestalten, daß die Deutschen in einem Staate „Deutschösterreich“ ihre Zukunft für alle Zeiten sichern, hat auf das Parlament seine Wirkung nicht verfehlt. Allenhalben wurde erwogen, welche Folgenungen dieser Schritt der Deutschen auf die anderen Nationen ausübe.

Eifrig erörterten dies insbesondere die Tschechen. Sie verhehlten sich nicht, daß der Plan der Deutschen, nunmehr ihrerseits die Verfassungsfrage aufzuwerfen, die tschechischen Politiker vor schwere Entschlüsse stelle. Sollen sie sich zum historischen oder nationalen Staatsrecht bekennen? Sollen sie die großen Vorteile, die ihnen die Deutschen durch einen tschechischen nationalen Staat bieten, zugunsten nebelhafter Zukunftshoffnungen auf den tschechisch-slowakischen Staat aufgeben? Man konnte drei verschiedene Ansichten von tschechischen Abgeordneten hierüber hören. Eine kleine Gruppe ist der Ansicht, man könne über die deutschen Forderungen sprechen. Die Tschechen glauben nur nicht, daß sich eine Provinz Deutschböhmen, die von Reichenberg bis zum südlichsten Böhmerwald reiche, ohne das übrige Böhmen regieren lasse. Wortführer dieser Gruppe sind die Tschechischkriterialen, in deren Namen Abgeordneter Dr. Hruban im Abgeordnetenhaus sprach, doch auch einige Jungtschechen. Die zweite Gruppe wird von einem großen Teil der tschechischen Sozialdemokraten dargestellt. Diese erklären, der tschechische Staat müsse vor allem sich selbst genügen. Darum bedürfte er alle Kohlenbergwerke, auch die von Brüx. Unter wirtschaftspolitischem Titel geht man auf diese Weise auf nationale Eroberungen aus. Der Rest der Tschechen rechnet auf den tschecho-slowakischen Staat, der Böhmen, Mähren, Schlesien — auf das nebenbei auch die Polen Anspruch erheben — und die Slowakei umfassen solle; die Deutschen der Sudetenländer sollen diesem Staat angehören und die Tschechen werden nicht müde, den Sudeten-Deutschen die schönsten Versprechungen für die Zukunft zu machen, wenn sie sich nur zum tschechischen Staat bekehren würden.

Von den jüdislawischen Abgeordneten wollen die Führer augenblicklich bei einem allslawischen Kongress in Laibach. Abg. Spincic er-

klärte vorläufig bloß im Parlament, die Südslawen würden sich durch das deutsche Programm nicht verlocken lassen. Die Polen können sich in Versicherungen, daß ihnen nur ein Allpolen Feil bringen könne, nicht genug tun; für sie habe die ganze innerpolitische Frage kein Interesse. Mit lebhafter Sympathie nahmen die Ukrainer den deutschen Plan auf. Sie verlangen das Selbstbestimmungsrecht für die Ukrainer Galiziens und drohen mit allen Mitteln der Gewalt, sich einem Anschluß an ein polnisches Königreich zu widersetzen. Auch die Rumänen erklären, daß sie für die vier Millionen Rumänen in Oesterreich und Ungarn die eigene Staatlichkeit fordern. Sie wollen keine Ausschaltung aus der Monarchie, sind vielmehr überzeugt, daß der neue rumänische Senat die größte Anziehungskraft auf das freie Rumänien ausüben werde.

Bei den deutschen Parteien beschäftigte man sich gestern mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Schaffung des Staates Deutschösterreich. Diesbezüglich ist von entscheidender Bedeutung, daß in der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien einstimmig folgender Beschluß gefaßt wurde: Der Verbandsausschuß erklärt, die allgemeinen Grundsätze der Resolution der deutschen sozialdemokratischen Partei als Grundlage der weiteren Verhandlungen anzunehmen und behält sich vor, zu dieser Resolution weitere Vorschläge zu machen. Einen ähnlichen Beschluß werden in kurzer Zeit die Christlichsozialen fassen. Damit ist die volle Einmütigkeit der Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich hergestellt. Eine kleine Gruppe von deutschnationalen Abgeordneten, geführt vom Abgeordneten Teufel, regte einen Aufruf an das deutsche Volk und eine Konstituante für Oesterreich an. Allein die Deutschnationalen Partei erklärte ein solches Vorgehen angesichts der Verhandlungen mit den Christlichsozialen und deutschen Sozialdemokraten für nicht angezeigt. In Wirklichkeit ist der Zweck dieses Planes durch das gemeinsame Vorgehen sämtlicher deutschen Abgeordneten schon erreicht.

Im übrigen ist der Friedensantrag der Sozialdemokraten, der die Errichtung eines österreichischen Staatenbundes vorsieht, einem 27gliedrigen Ausschuß zugewiesen worden. Die Tschechen und Südslawen werden bei dessen Beratungen bald zeigen müssen, ob es ihnen ausschließlich um das wahre Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes zu tun ist oder um die Unterdrückung der Deutschen in Oesterreich.